

**Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Herrn Ludwig Artinger der  
Stadtratsfraktion der Freien Wähler Regensburg e. V. vom 28.01.2010 zum  
Haushaltspaket 2010**

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Regensburgerinnen und Regensburger, verehrte Vertreter der Regensburger Presse.

Während man noch zu Beginn der laufenden Stadtratsperiode das Gefühl hatte, die Große Koalition würde die seit Jahren, zum Teil sogar seit Jahrzehnten offenen Baustellen zügig in Angriff nehmen, drängt sich bei der Lektüre des vorliegenden Haushaltspakets der Eindruck auf, die Große Koalition hat vor dem Hintergrund, zum Teil auch unter dem Vorwand der aktuellen Finanzkrise, den politischen Kriechgang eingelegt und es ist in weiten Bereichen der Regensburger Stadtpolitik Stillstand eingeleitet. „Nichts geht mehr“ lautet die Devise für den Rest der Stadtratsperiode und es gilt nur noch: verwalten statt gestalten.

Ob RKK, städtisches Fußballstadion, Donaumarkt, Ersatzbrücke oder FOS/BOS, bei all diesen Projekten vermitteln die hierfür vorgesehenen Ansätze im Investitionsprogramm den Eindruck, die beiden Mannschaften im Abstiegskampf haben sich schon in der ersten Spielhälfte auf ein torloses Unentschieden verständigt und versuchen nur noch das magere Ergebnis über die Spielzeit bis 2014 zu retten.

**Osttangente:**

Gott sei Dank ist nicht auch noch am Sonntag das einzige große Verkehrsprojekt, die Osttangente, zu Grabe getragen worden.

Die Regensburgerinnen und Regensburger haben bei diesem Bürgerentscheid einmal mehr unter Beweis gestellt, dass sie verantwortungsvoll mit diesem Instrument umgehen und nicht Einzelinteressen, sondern das Gemeinwohl für ihr Abstimmungsverhalten im Vordergrund steht.

Ich bin überzeugt, durch diese Straße werden viele vom Verkehrslärm entlastet und nur wenige zusätzliche Belastungen in Kauf nehmen müssen.

Ich hoffe deshalb, dass die Große Koalition den Bau der Sallerner Regenbrücke zunächst einmal zurückstellt und abwartet, wie hoch die auch aus ihren Reihen prognostizierte Entlastung für den Norden ausfällt und erst dann im Lichte dieser Zahlen über die Notwendigkeit von deren Bau entscheidet.

Besonders hat mich gefreut, dass der Bürgerentscheid auch bei den Bürgern vor Ort in der Konradsiedlung keine Mehrheit gefunden hat.

Diese Bürgerinnen und Bürger wissen wohl am Besten, was für sie selbst, aber auch für uns alle am Besten ist!

Auch Herr Janele sollte jetzt als guter Demokrat dieses Abstimmungsergebnis akzeptieren und nicht auch noch nachtreten, so nach dem Motto, die Presse ist schuld, weil so einseitig berichtet worden ist. Mein Eindruck war ein ganz anderer, wenn man etwa die als Berichterstattung getarnten Anzeigen im WOCHENBLATT oder die Artikel im BLIZZ zu diesem Thema gelesen hat.

**RKK:**

Mehr als 1 ¼ Jahre sind bereits vergangen, seit der Stadtrat mit breiter Mehrheit den Grundsatzbeschluss zum Ernst-Reuter-Platz als Standort für ein RKK gefasst hat.

Seit geraumer Zeit werden die Vorsitzenden der Fraktionen von CSU und SPD, allen voran aber der Oberbürgermeister, nicht müde, in der Öffentlichkeit lautstark zu betonen, wie über die Maßen teuer dieser Standort sei; zuletzt wird sogar wegen der leeren Kassen der Bau eines RKK an diesem Standort überhaupt in Frage gestellt.

Man hat vor allem beim Herrn Oberbürgermeister, der ja bekanntlich immer einen anderen Standort für das RKK wollte, und sich noch nie so recht mit dem Ernst-Reuter-Platz anfreunden konnte, den Eindruck, hier wird nach dem Motto verfahren: wenn schon nicht am Donaumarkt, dann gibt es überhaupt kein RKK in Regensburg.

**Städtisches Fußballstadion:**

Noch im letzten IP waren für Planung und Infrastrukturmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Neubau eines städtischen Fußballstadions mehr als 10 Millionen Euro vorgesehen, von denen im vorliegenden Investitionsprogramm nur noch der Kanal mit 2 Millionen Euro übrig geblieben ist.

Andererseits beteuern die Vertreter der Großen Koalition in der Öffentlichkeit ihren politischen Willen, ein neues Fußballstadion in den nächsten Jahren errichten zu wollen.

Seien Sie versichert, dass wir Ihnen bei Ihrer Suche nach einem Investor, der der Stadt auch noch diese 8 Millionen an Kosten für Infrastrukturmaßnahmen abnimmt, die Daumen drücken und unsere besten Wünsche Sie bei dieser Suche begleiten.

Mein Eindruck allerdings ist, dass hier der Öffentlichkeit ein politischer Wille vorgegaukelt wird, der insbesondere bei Herrn OB in Wahrheit wohl gar nicht vorhanden ist.

**Donaumarkt:**

Nach dem dritten ablehnenden Bürgervotum zum Bau eines RKK am Donaumarkt wurden im Frühjahr 2007 erste Schritte für ein anderes Nutzungskonzept dieses Areals in Angriff genommen und nach Beteiligung der Bürger mit Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung, Verkehr, Umwelt- und Wohnungsfragen vom 20.11.2007 weitere Planungsschritte für einen Mix aus gewerblicher und öffentlicher Nutzung und Wohnbebauung in die Wege geleitet. Seither wird zwar mal hier und mal dort gegraben, aber man hat nicht wirklich das Gefühl, dass in den mehr als zwei Jahren, die seither verstrichen sind, tatsächlich etwas vorangegangen wäre.

Im Schatten der Domtürme wird deshalb gemunkelt, dies hätte etwas damit zutun, dass der OB die Hoffnung auf ein RKK an diesem Standort immer noch nicht endgültig aufgegeben hat; ein Gerücht, das durch das Interview vom Dienstag in der MZ zusätzliche Nahrung erhalten hat.

### Ersatzbrücke:

Ende 2011 wird die Protzenweiherbrücke voraussichtlich fertig gestellt sein. Es wäre deshalb allerhöchste Zeit, dafür zu sorgen, dass zeitnah zu diesem Ereignis für die Busse eine weitere Möglichkeit der Donauquerung zur Verfügung steht.

Leider hat sich die Große Koalition bei dieser Frage ausschließlich auf mögliche Ersatzbrücken festgelegt und hierfür auch schon erhebliche Mittel ausgegeben; Mittel für Planungen von Brücken, die aus unserer Sicht keinerlei Chance auf Realisierung haben werden.

Allein bis einschließlich 2009 wurden dafür bereits mehr als 700 000 Euro verpulvert, für 2010 und 2011 sind weitere 400 000 Euro vorgesehen. Beachtliche Mittel also, die an anderer Stelle fehlen und sich als letztlich zum Fenster hinausgeworfenes Geld erweisen werden, weil es weder im Westen, geschweige denn im Osten der Steinernen Brücke jemals eine Ersatzbrücke geben wird.

Wenn nicht schon an der UNESCO, so werden diese Pläne für eine Ersatzbrücke jedenfalls an den Einwänden der Denkmalpflege scheitern. So vertritt bekanntlich Herr Prof. Dr. Greipl, als Generalkonservator, immerhin Bayerns oberster Denkmalpfleger, seit Jahren die Auffassung, dass die von der Großen Koalition bevorzugte Westtrasse schon aus Gründen des Erscheinungsbilds des Ensembles Regensburgs nicht in Betracht kommt. Für eine Ersatzbrücke im Osten ist ja nicht einmal in der Großen Koalition eine Mehrheit vorhanden, weil hier die SPD ihre Zustimmung verweigern würde.

In jedem Fall aber würden diese Brückenpläne letztlich am Bürgerwillen scheitern und einem Bürgerentscheid zum Opfer fallen.

Es steht deshalb zu befürchten, dass auch bei diesem Projekt wertvolle Jahre ungenutzt verstreichen werden, weil vor allem die Mehrheit der Fraktion der CSU und ihr Oberbürgermeister Pläne für eine Tunnellösung blockieren.

Wie in meiner letzten Haushaltsrede angekündigt, hat die Fraktion der Freien Wähler im Juni 2009 eine von ihr selbst finanzierte Studie zur Machbarkeit einer Donau-Nordarm – Tunnel-Querung für den ÖPNV in Regensburg vorgelegt und darin die Totschlagargumente des OB gegen den Tunnel widerlegt.

Obwohl von Herrn Schlegl in der Sitzung des Ferienausschusses im August 2008 angekündigt, widersetzt sich seine Fraktionsmehrheit bis heute einer ernsthaften Prüfung und Auseinandersetzung mit dieser Tunnellösung.

Positiv ist in diesem Zusammenhang allerdings zu vermerken, dass in der CSU selbst wie auch in der SPD ein Umdenkungsprozess in Gang gekommen ist.

Bleibt zu hoffen, dass die zukunftsorientierten Kräfte dieser Fraktionen im Bälde die Oberhand über die Blockierer gewinnen, damit nicht noch weitere wertvolle Zeit in dieser wichtigen Frage ungenutzt verstreicht.

Wenn es stimmt, dass wegen der fehlenden Donauquerung für den ÖPNV jährliche Mehrkosten im Bereich von 600 000 – 700 000 Euro anfallen, wäre es auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft, dieses Projekt alsbald umzusetzen. Mit diesem Betrag ließe sich der Eigenanteil der Stadt Regensburg leicht finanzieren, ja es würde sich letztlich sogar Geld sparen lassen.

Um den quälenden Entscheidungsprozess zu beschleunigen wird die Fraktion der Freien Wähler deshalb in naher Zukunft im Stadtrat den Antrag stellen, zu dieser Frage ein Ratsbegehren abzuhalten. Nach unserer Ansicht soll der Bür-

ger im Rahmen eines Ratsbegehrens selbst darüber entscheiden, ob eine Ersatzbrücke oder ein Tunnel gebaut werden oder aber auf beides verzichtet werden soll.

### FOS/BOS:

Noch Ende September hat der Stadtrat einstimmig beschlossen, in der Plato-Wild-Straße ein neues Schulgebäude für die Berufliche Oberschule zu errichten; als Baubeginn war das Jahr 2011 in Aussicht genommen. Der Schulbetrieb sollte 2013 aufgenommen werden.

Kaum vier Wochen später waren bereits erste Absatzbewegungen, allen voran vom Oberbürgermeister von diesem Beschluss zu verzeichnen und es wurde unter dem Vorwand der aktuellen Finanzkrise der geplante Bau wie auch die Eignung des Standorts in Frage gestellt, obwohl sich tatsächlich an den Rahmenbedingungen seit der Beschlussfassung nichts geändert hatte.

Bereits seit der Beratung des Nachtragshaushalts 2009 im Juli letzten Jahres war nämlich bekannt, dass auf der Grundlage der Steuerschätzungen vom Mai für den Zeitraum 2009 – 2012 Einnahmehausfälle in Höhe von insgesamt 73 Millionen zu erwarten seien und beispielsweise der letztjährige Ansatz für die Gewerbesteuererinnahmen von 110 Millionen auf 97 Millionen korrigiert werden müsste.

Nichts anderes an Zahlen enthält auch die von der Verwaltung im Rahmen des Haushaltspakets vorgelegte Finanzplanung für die Jahre 2009 bis 2013.

Wenn man für bare Münze nimmt, dass Sie mit dem Neubau 2013 starten wollen, dann ziehen Sie diesen Neubau um 2 Jahre vor und zwischenfinanzieren die erforderlichen Mittel, indem Sie die Ansätze im IP für die Ersatztrasse und die Sallerner Regenbrücke streichen!

Tatsächlich aber weist der von der Großen Koalition durchgesetzte Beschluss für den Neubau der Beruflichen Oberschule überhaupt keinen konkreten Zeitplan mehr auf und setzt im Übrigen vorrangig auf den Standort Nibelungenkaserne.

Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass der Oberbürgermeister für den Fall des Abzugs der DSO, der wohl jetzt auch unter der Ägide seines bayerischen Parteifreundes endgültig beschlossene Sache zu sein scheint, verkündet hat, er werde dem Bund diesen Abzug nicht auch noch vergolden und auf dem Areal der Nibelungenkaserne würden allenfalls Schafe weiden.

Aber ernsthaft: wie soll die Stadt vor dem Hintergrund leerer Kassen in der Lage sein, dieses Gelände zu erwerben, das sicherlich eine hohen zweistelligen Millionenbetrag kosten wird.

Letztendlich wird deshalb der neue Beschluss zur Beruflichen Oberschule bedeuten, dass das Ziel eines Neubaus in weite Ferne rückt und Schüler, Eltern und Lehrer für weitere viele Jahre mit einem Provisorium leben müssen.

Mit ihrem Beschluss hat die Große Koalition der Politik einen Bärendienst erwiesen und einen weiteren Vertrauensverlust in die Politik beim Bürger verursacht wie auch der Politikverdrossenheit Vorschub geleistet.

Bei aller Kritik verdient aber auch hervorgehoben zu werden, dass für den Bereich Schule beachtliche 55 Millionen an Mittel und für den Bau und die Ausstattung von Kinderbetreuungseinrichtungen, insbesondere Krabbelstuben weitere 14 Millionen im Investitionsprogramm vorgesehen sind.

Investitionen in die Bildung haben für die Freien Wähler allerhöchste Priorität. Diese Geldmittel für unsere Kinder und Kindeskindern sind gut angelegte Investitionen in unsere Zukunft.

Aus unserer Sicht kann es deshalb auch verantwortet werden, ihnen für solche Ausgaben Zins- und Tilgungslasten zu hinterlassen.

### **Haushaltsituation:**

Die Haushaltssituation ist zwar insgesamt ernst, aber letztlich doch nicht ganz so schlimm, wie man noch vor Jahresfrist hat befürchten müssen.

Zwar liegen die Ansätze für die wichtigsten Einnahmequellen, insbesondere der Gewerbesteuer, deutlich unter den Ergebnissen der letzten Jahre. Stellt man allerdings die Zahlen in einen größeren zeitlichen Kontext z. B. den der letzten zehn Jahre, so wird deutlich, dass die Einnahmen in den nächsten Jahren sogar durchschnittlich bis leicht überdurchschnittlich hoch ausfallen werden.

Bei einem Vergleich mit anderen kreisfreien Städten Bayerns fällt allerdings negativ auf, dass Regensburg zwar bei den wichtigsten Steuereinnahmen bayernweit seit Jahren an zweiter Stelle hinter München liegt, aber bei der pro Kopf Verschuldung leider den Spitzenplatz einnimmt und dies, obwohl ja die großen Projekte noch gar nicht in Angriff genommen worden sind.

In den kommenden Jahren soll diese Verschuldung nach dem Willen der Großen Koalition um weitere 82 Millionen Euro und damit auf knapp 360 Millionen Euro ansteigen. Damit werden 2013 jährlich fast 15 Millionen Euro für Zinsausgaben, d. h. täglich mehr als 40 000 Euro fällig. Eine wahrhaft erschreckende Zahl!

Trotz dieser enormen Zunahme der Verschuldung können die ohnehin von 345 Millionen Euro auf 290 Millionen Euro abgespeckten Investitionsausgaben nur geschultert werden, weil beträchtliches Tafelsilber in Höhe von insgesamt mehr als 40 Millionen Euro in den Jahren 2009 – 2011 verkauft wurde bzw. noch verkauft werden wird.

Einmal mehr sind die Personalausgaben gestiegen. Am Ende des Investitionszeitraums werden diese auf mehr als 152 Millionen jährlich ansteigen und damit knapp 32% des Verwaltungshaushalts ausmachen.

Hier ist nach unserer Überzeugung Einsparpotenzial vorhanden, das auszuschöpfen wir in Anbetracht der kritischen Finanzlage die nächsten Jahre nicht umhinkommen werden, auch wenn es wehtut. Wir Freien Wähler werden uns jedenfalls dieser Verantwortung stellen!

Derzeit noch nicht absehbar sind auch die zusätzlichen Belastungen, die durch das Milliardendebakel der Bayern-LB auf die Kommungen zukommen werden. Neben den 400 Millionen allein an Zinsen, die die Bürgerinnen und Bürger Bayerns für die 10 Milliarden-Stütze der Bayern-LB jährlich berappen müssen, soll die Bayerische Staatsregierung Zeitungsberichten zufolge, für 2011 die Aufnahme neuer Schulden in Höhe von 810 Millionen vorbereiten, um die Verlustrisiken der faulen Wertpapiere im Portfolio der Landesbank abzudecken.

Die Bayerische Staatsregierung ist deshalb gezwungen, einen strikten Sparkurs zu fahren und es soll beim kommunalen Finanzausgleich stark gekürzt werden und für die 300 000 Beschäftigten des Freistaats Bayerns 2011 eine Nullrunde geben.

Hier müssen wir alle eine Suppe auslöffeln, die uns einige Wenige, unter anderen auch sie, Herr Oberbürgermeister, eingebrockt haben!

Das vorliegende Haushaltspaket ist deshalb nach unserer Einschätzung kein mutiger Schritt in Richtung Zukunft, dessen es gerade in solch schwierigen Zeiten bedürfte, sondern allenfalls ein zaghaftes auf der Stelle treten.

Die Fraktion der Freien Wähler stimmt deshalb dem Haushaltspaket nicht zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

-